

Verbandsgemeinderat Maifeld, Sitzung vom 12. Februar 2009

Top 3: Haushaltsplan 2009, sowie Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2009

Rede des Vorsitzenden der SPD Fraktion im Verbandsgemeinderat Franz Schmitz, Ochtendung

Sehr geehrte Frau Moesta, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Verbandsgemeinderat:

Wie ich bereits im vergangenen Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen angemerkt hatte, hat der Gesetzgeber den Kommunen und ihren Mandatsträgern mit der Änderung der Haushaltsordnung und der damit verbundenen Verpflichtung zur Erstellung der jährlichen Haushaltspläne im doppelstufigen Verfahren eine harte Nuss auferlegt.

Ich möchte mich bereits jetzt, sehr geehrte Frau Moesta, auch im Namen der Mitglieder der SPD-Fraktion, für die Unterstützung ihres Mitarbeiters, Herrn Völlmeke, herzlich bedanken, der uns im Rahmen unserer Fraktionssitzung am vergangenen Montag in Ochtendung die Haushaltsplanunterlagen umfassend und verständlich vorstellte und erläuterte, so dass wir der Meinung waren, Licht im Nebel der vielen Zahlen erkannt zu haben.

Auf insgesamt 680 Seiten sind die Zahlen des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes, sowie des Investitionsplanes zusammen gefasst, eine wahre Mammutaufgabe für ehrenamtlich tätige Ratsmitglieder, die kaum zu bewältigen ist.

Die Unterlagen des Haushaltsplanes, wie gesagt, ein Ordner mit 680 Seiten Unterlagen, wurde den Ratsmitgliedern erst am 07. Febr. zugestellt, so dass insgesamt gesehen bis zum heutigen Tag nur 5 – 6 Tage zur Erarbeitung der Unterlagen zur Verfügung standen, wir meinen, ein zu kurzer Zeitraum.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, sehr geehrte Frau Moesta, die Haushaltsunterlagen zu-künftig doch mindestens zwei Wochen vor der abschließenden Beratung den Ratsmitgliedern zukommen zu lassen.

Ich hoffe Sie haben Verständnis für diese Bitte.

Sehr geehrte Frau Moesta, meine Damen und Herren,

es ist bereits festgestellt worden, dass unser diesjährigen Haushaltsplan mit sämtlichen Einnahmen und Ausgaben in einer Höhe von 16.455.856,00 Euro ausgeglichen abschließt, jedenfalls für den Fall, dass die Zahlen des Planwerkes über das Jahr Bestand haben sollten und keine unerwarteten Mehrausgaben über uns hereinbrechen werden.

Mit Befriedigung konnten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass die Gebühren und Beiträge auch in diesem Jahr weiter Bestand haben werden und hier keine Erhöhung zu erwarten ist.

Wir wissen aber auch, dass in diesem Bereich ein gewisser Kostendruck vorhanden ist und wir bitten die Verwaltung alle Möglichkeiten für Kostensenkungen, insbesondere bei unserem Abwasserwerk zu nutzen, damit die Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger nicht mit in regelmäßigen Abständen steigenden Gebühren und Beiträgen erhöht wird.

Ebenfalls nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis, dass auch in diesem Jahr die Verbandsgemeindeumlage, also die Beträge die die Ortsgemeinden an die Verbandsgemeindeverwaltung zahlen müssen, mit 33,5 % wiederum stabil bleibt.

Die bei der Verbandsgemeindeumlage zu erwartenden Einnahmen werden von der Verwaltung auf 6.158.652,00 Euro geschätzt.

Dies ist gegenüber den Einnahmen aus der Umlage im Jahre 2008 eine Steigerung um 804.798,00 Euro, eine Steigerung sicherlich, die, sollte der Trend anhalten, zukünftig bei der Verbandsgemeindeverwaltung Überlegungen einleiten sollte mit dem Ziel, den Umlagesatz zu Gunsten der Ortsgemeinden abzusenken.

Bedrückend erscheint uns die Erfordernis, auch in diesem Jahr wieder erhebliche Mittel für Zins- und Tilgungsleistungen der Verbandsgemeindeverwaltung aufbringen zu müssen.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Verbandsgemeinderatsfraktion

Aus der Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten zum Ende des Haushaltsjahres ist ersichtlich, dass unsere Verbindlichkeiten sich vom Jahresbeginn mit 13.380.929,60 Euro auf 13.772.610,95 Euro erhöhen wird.

Zu den vorgesehenen Investitionen in die Schulsporthalle in Ochtendung und der Sanierung des Westflügels des Rathauses sind wir einverstanden. Hier ist dringender Sanierungsbedarf vorhanden und die Vorplanungen sind bereits soweit gediehen, dass hier ein Schritt zurück nicht sinnvoll wäre.

Wir sind gleichfalls mit dem Haushalt der Freiwilligen Feuerwehren einverstanden, die dort vorgesehenen Ausgaben für Ausrüstungsgegenstände die der Sicherheit der Wehrleute dienen und die Beschaffung von Ersatzfahrzeugen finden unsere Zustimmung.

Der vorliegende Schulhaushalt sieht vor, dass, gestreckt auf 4 Jahre, die Möblierung der Grundschulklassen durch neue Stühle und Arbeitstische erneuert werden soll. Als Kostenannahme wurden € 90,00 pro Arbeitstisch mit zwei Stühlen angenommen. Inwieweit diese Kostenannahme realistisch ist, kann von uns nicht beurteilt werden, wir glauben jedoch der Vorgabe der Verwaltung.

Für die erste Lieferung in diesem Jahr ist eine Kostenannahme von insgesamt € 17.820,00 im Haushaltsplan in Ansatz gebracht.

Die Verwaltung hat also festgestellt, dass die vorhandene Möblierung in den Grundschulen in der Verbandsgemeinde Maifeld nicht mehr zeitgemäß, vielleicht sogar für die Körper der kleinen Bürgerinnen und Bürger, schädlich sein können.

Wenn dem so ist, und wir bezweifeln auch hier nicht die Feststellung der Verwaltung, dann sind wir der Meinung, dass die Beschaffung der neuen Arbeitstische und der Sitzmöbel nicht auf vier Jahre gestreckt werden darf, damit die Schülerinnen und Schüler in unseren Grundschulen nicht über mehrere Jahre hinweg auf ungeeigneten Stühlen sitzen und an ungeeigneten Tischen arbeiten müssen.

Die erforderlichen Mehrausgaben für dieses Haushaltsjahr betragen 53.460,00 Euro und müssen im Interesse unserer Kinder bereitgestellt werden.

Die erforderlichen Mittel ergeben sich aus dem überhöhten Mittelansatz für Lohn- und Gehaltserhöhungen in diesem Jahr.

Der vorliegende Stellenplan der Verbandsgemeindeverwaltung wurde von den Mitgliedern der SPD-Fraktion zunächst sehr kontrovers, im weiteren Verlauf wurde die Diskussion jedoch zu einer einstimmigen Haltung der Fraktionsmitglieder geführt.

Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen.

Es bleibt festzustellen, dass bei den ausgewiesenen Beamtenstellen von B 4 bis A 12, ausgenommen in zwei Fällen, keine Stellenabsenkungen vorgesehen sind.

Demgegenüber kann jedoch festgestellt werden, dass einmal bei den Beamtenstellen von A 11 abwärts bis A 9 vermehrt Stellenabsenkungen im Stellenplan vorgesehen sind.

Nun, dies soll Folge eines von der Verwaltung eingeholten Gutachtens sein, die die Beamtenstellen der VG-Verwaltung einer Überprüfung unterzogen hat.

Verwunderlich ist, dass dem Verbandsgemeinderat bis in die jüngste Vergangenheit hin, mit dem Hinweis, dass die Stellenplanobergrenze dies zulasse, Beförderungen bis in die Spitzenämter der VG-Verwaltung vorgenommen wurden.

Hier stellt sich zwangsläufig die Frage, ob die Ratsmitglieder in der Vergangenheit mit dem Hinweis auf die Möglichkeiten der Stellenplanobergrenzen falsch informiert wurde, damit gewollte Beförderungen die Zustimmung des Rates finden sollten, oder ob die jetzt vorgesehenen Stellenplanabsenkungen –ausgenommen der Spitzenpositionen– eine verdeckte Kosteneinsparung zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbandsgemeinde ist.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Verbandsgemeinderatsfraktion

Noch umfangreicher wie im Beamtenbereich ist die Stellenabsenkung für den Bereich der Tarifgebundenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgesehen.

Hier in diesem Bereich, in welchem wahrlich keine Reichtümer zu erwerben sind, ist eine umfangreiche Stellenabsenkung vorgesehen, die hier, wie auch im Beamtenbereich nicht geeignet ist die Arbeitsmoral und die Einsatzfreude der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld zu verbessern oder auch nur zu halten.

Diesem Kahlschlag kann die SPD-Fraktion ihre Zustimmung nicht geben, das heißt, die SPD-Fraktion wird den Stellenplan und somit dem Haushaltsplan mit seinen weiteren Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.